Bezugsgebühr:
Vierteljährlich 2 Mk. 50 Pfg.: durch die Post 3 Mk.

„Die Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich Morgens: die Bezieher in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Zustellung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt an Wochentagen, die nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, in zwei Theilausgaben Abends und Morgens zugestellt.

Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 u. Nr. 2096.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf **Dresden, Altmarkt 2.**

Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden.

Photographische Apparate
in reicher Auswahl bei
Emil Wünsche
Aktienges. f. phot. Industrie
Moritzstr. 20
(Ecke Gewandhaus-, Nähe König-Johannstrasse).
Fabrik: **Reick** bei Dresden.
Filialen:
Leipzig, Berlin, Frankfurt a. M., Breslau, München, Hamburg, Sydenham i. L.
Pracht-Katalog auf Verlangen.

Töchter-Pensionat
* * * von **Frau Landrath von Lengerke**
Cassel-Wehlheiden. Wissenschaftliche, wirthschaftliche u. gesellschaftliche Ausbildung. Angenehmes Familienleben. Ausländerinnen im Hause. Musik-, Mal- u. Tanzstunde. Näheres d. Prospekte.

Familien Handwerker Strohhut - Nähmaschinen
H. Grossmann, Nähmaschinenfabrik.
Verkauf in Dresden: Chemnitzerstrasse 26, Waisenhausstrasse 5, Beisslerstrasse 41 (Eing. Striesenerstr.), in **Löbtau:** Schulstrasse 13 und bei Herrn **Max Baumann**, Dresden-N., an der Dreikönigskirche 8.

Gegründet 1875. **Müffe, Colliers** Diplom 1884.
in grosser Auswahl, sowie Anfertigung von **Herren-** und **Damenpelzen** im Kürschnergeschäft von
Heinrich Hanicke's Ww., Wettinerstr. 13.

Das Atelier für **Photographie u. Malerei** von **Hahn's Nachfolger** (früher Waisenhausstrasse) Gegründet 1851. Telephon 4585. Mehrfach prämirt. befindet sich bedeutend vergrössert und in günstigsten Lichtverhältnissen **jetzt nur Ferdinandstr. 11** zwischen Ferdinandplatz und Bürgerwiese. Dutzend Visit M. 6, grössere Formate entsprechend. Specialität: Lebensgrosse Porträts in Pastell etc. — Gruppen und Kinderaufnahmen in besonders geeigneten Ateliers.

Nr. 342. Spiegel: Etatsdebatte im Reichstag. Hofnachrichten. Reichstagsabgeordnete, Musikerverein, Lokomotivführer, Weihnachtsschau. Geistliches Concert. Weber's „Freischütz". | Muthmaßl. Witterung: Veränderlich. | **Mittwoch, 12. Dezember 1900.**

Der Etats-Debatte erster Tag.

Die Verhandlungen des Reichstags am Montag standen unter dem Eindruck der Ausführungen, die der Staatssekretär des Reichsschatzamtes über die Lage der Reichsfinanzen und der Reichskanzler Graf v. Bülow über den Nichtempfang des Präsidenten Krüger machten. Beide Regierungsvertreter waren nicht auf Rosen gebettet, mußte doch der Eine den zunehmenden Abfluß aus den Kassen des Reichs feststellen und der Andere mit einer Desavouirung der nationalen öffentlichen Meinung, mit einer Zurückweisung des einmüthigen deutschen Volksempfindens sein Heil versuchen. Daß es unter diesen Umständen zu keiner rechten Stimmung im Reichstage kommen wollte, ist begreiflich.

Herr v. Thielmann leitete die Etatsberathung wie üblich mit einer allgemeinen Darlegung der wirthschaftlichen und finanziellen Lage ein. Er setzte auseinander, daß sich in den Finanzen des Reiches bereits Anzeichen eines langsamen und allmählichen Zurückgehens des wirthschaftlichen Aufschwunges bemerkbar machen, und betonte, daß eine Verstärkung der Betriebsmittel der Reichskasse erforderlich sei. Diese Betriebsmittel belaufen sich zur Zeit nur auf die geradezu lächerlich geringe Summe von 15 Millionen. Dabei werden aber die Anforderungen, die an die Reichshauptkasse gestellt werden, immer größer, insbesondere in Bezug auf Vorschüsse für die Unfallversicherung und die Alters- und Invalidenversicherung, die schon jetzt weit über 100 Millionen Mark jährlich betragen, und die Zeit ist nicht mehr fern, wo sie mit der Zunahme der Leistungen der Versicherung bis auf 150 Millionen anwachsen werden. Es muß daher unbedingt auf eine Verstärkung der Betriebsmittel bei der Reichshauptkasse Bedacht genommen werden, so oder so, eventuell dadurch, daß man die Schuldentilgung vorläufig wieder einstellt und die dadurch frei werdenden Beträge der Reichshauptkasse als Betriebsfonds überweist. Das würde die gesammte Finanzgebahrung im Reiche auch in dem Punkte der Abrechnung zwischen Reich und Bundesstaaten erleichtern und vereinfachen, indem dann nicht mehr die jetzige umständliche Methode des Hin- und Herschiebens von Matrikularumlagen und Ueberweisungen geübt zu werden brauchte, sondern die jetzt im Voraus an das Reich zu zahlenden Matrikularumlagen künftig einfach gegen die Ueberweisungen aufgerechnet werden könnten, sodaß am Schlusse des Rechnungsjahres nur die Herauszahlung des auf Grund der Endabrechnung sich ergebenden Betrages stattzufinden hätte.

Für die Finanzen der Einzelstaaten sind von besonderem Interesse die Mittheilungen des Reichsschatzsekretärs über die Ueberweisungssteuern im Jahre 1899. Man hatte bisher gehofft, daß die Zölle und Ueberweisungssteuern im Jahre 1899 eine Mehreinnahme von 38 Millionen ergeben würden. Von dieser Summe würden dann zunächst die sogenannten Ergänzungszuschüsse zum Reichsetat in Höhe von rund 20 700 000 Mk. abzuziehen gewesen sein und der Rest von rund 7 300 000 Mk. wäre den Bundesstaaten zu Gute gekommen, die für 1899 in Höhe von 13 200 000 Mark über das Etatssoll der Ueberweisungen hinaus mit Matrikularbeiträgen belastet waren. Nachdem sich nun aber lediglich ein Mehrertrag von 31 Millionen herausgestellt hat, bleiben nach Abzug der Ergänzungszuschüsse nicht mehr als rund 300 000 Mk. zur Verminderung der Matrikularlast übrig. Nur um diesen geringen Betrag ist darnach die im Etat für 1899 mit 13 200 000 Mk. vorgesehene Mehrbelastung der Bundesstaaten mit durch Ueberweisungen nicht gedeckten Matrikularbeiträgen abgemindert worden, sodaß für das Reichs-Rechnungsjahr 1899 die Bundesstaaten aus ihren Kassen 13 Millionen für die Bedürfnisse des Reiches aufzuwenden gehabt haben. Das Reich ist also im verflossenen Jahre in nicht unerheblichem Umfange „Kostgänger" der Einzelstaaten gewesen und es ergiebt sich daraus von Neuem die dringende Nothwendigkeit einer Reichsfinanzreform. Wenn das Deficit im Reiche fortgesetzt auf die Einzelstaaten abgewälzt wird, so muß das schließlich auch die stabilsten einzelstaatlichen Finanzen in Verwirrung und Unsicherheit bringen und die hieraus sich ergebende Mißstimmung leistet dann wiederum der Agitation für die Erzeugung jenes Gefühls Vorschub, das man „Reichsverdrossenheit" nennt. Allerdings braucht man zunächst noch nicht gar zu schwarz zu sehen, wird vielmehr daran festhalten müssen, daß der Reichsschatzsekretär seine Beschwerden in der Hauptsache nur gegen den Mangel an Betriebsfonds im Reiche gerichtet hat. Es handelt sich also mehr um die finanztechnische Frage der momentanen Bereitstellung von Mitteln, die bereits vorhanden sind, nicht um die Aufbringung von Mitteln aus neuen Einnahmequellen. Wenn man aber auch noch nicht so weit gehen darf, zu behaupten, daß der allgemeine Stand der deutschen Finanzen zu Bedenken Anlaß gebe, so wird man doch zugeben müssen, daß die gegenwärtigen Verhältnisse bereits dazu angethan sind, ein gewisses Unbehagen in Bezug auf die Weiterentwickelung der Dinge hervorzurufen. Der vorliegende Etat 1901 weist gegenüber dem laufenden Rechnungsjahr 1900 ein Mehr von 174 Millionen in Einnahmen und Ausgaben auf und die Mehraufwendungen werden noch fortgehen, wenn man berücksichtigt, daß namentlich die Schiffsbauten wohl eine erheblich größere Summe erfordern werden, als man noch im vergangenen Jahre veranschlagen konnte. Der Reichsschatzsekretär selbst glaubte Nachdruck auf die Feststellung legen zu sollen, daß im laufenden Jahre nur ein Ueberschuß von 4 Millionen zu erwarten steht und daß dieser Ueberschuß um mehr als 20 Millionen geringer ist, als der von 1899 auf 1901 vorgetragene. Ein Münchner Blatt, mit aus Anlaß der augenblicklichen Finanzverhältnisse den Reichskanzler auf den Plan, indem es den Grafen v. Bülow an den von ihm gethanen Ausspruch erinnert, „alle politische Thätigkeit gipfele darin, die Opferfähigkeit der Mitglieder einer Nation für ihre Daseinsbethätigung und ihre gemeinsamen Ziele zu erhöhen", und erklärt: „Wie an den ersten Kanzler in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre die Verpflichtung herantrat, die in dieser irdischen Welt unerläßlichen Voraussetzungen der Lebensbethätigung und Machtentfaltung einer Nation zu schaffen, so weit sie sich in Mark und Pfennigen darstellen, ebenso wird nun der dritte Nachfolger Bismarck's Rath schaffen müssen, in welcher Weise die in einer weiteren Konsolidirung der Reichsfinanzen bestehende Bedingung des Weiterwachsens des Deutschen Reichs zu erfüllen sei."

Die Auslassungen des Grafen v. Bülow zur südafrikanischen Frage und über den Nichtempfang des Präsidenten Krüger haben die Bahn der Regierung vor der deutschen Oeffentlichkeit nicht frei gemacht und können das deutsche Volksgewissen nicht über die fatale Empfindung hinwegtäuschen, daß man in Berlin in der Rücksichtnahme gegen England zu weit geht. Gewiß ist es völlig korrekt und beifallswürdig, wenn Graf v. Bülow sagt: „So lange ich an dieser Stelle stehe, darf ich mich nicht von dem Volksempfinden hinreißen lassen, sondern ich muß mich einzig und allein leiten lassen von den dauernden Interessen der Nation." Auch die „strikte" Neutralität, die der Reichskanzler betonte, entspricht dem allgemeinen Wunsch des Landes. Das Uebel ist nur, daß der gewöhnliche Unterthanenverstand nicht einzusehen vermag, inwiefern unsere Haltung gegenüber England und den Buren Licht und Schatten wirklich gleich vertheilt, inwiefern die von uns beobachtete Neutralität thatsächlich eine „strikte" ist. Auch wird die deutsche Volksmeinung nicht begreifen, wie so „dauernde Interessen" Deutschlands hätten verletzt werden können, wenn dem Präsidenten Krüger in Berlin ein höflicher Empfang bereitet worden wäre, bei dem man den Präsidenten im Uebrigen über die realpolitische Unmöglichkeit irgend eines praktischen Schrittes nicht im Unklaren gelassen hätte. Wenn der Reichskanzler bei alledem nur wenigstens den ernsten Ton gefunden hätte, der der Sachlage angemessen war! Indessen nicht einmal dieser Bedingung wurde die Rede des Grafen v. Bülow gerecht, vielmehr ließ der Reichskanzler sich gerade am Montag wieder recht sehr von seiner Neigung zur jovialen Salonplauderei hinreißen. Sogar ein „schönes" Gedicht von Schiller mußte zu einem Citat herhalten und selbst der greise Präsident Krüger verfiel einem sehr unangebrachten Heiterkeitsausbruch des Hauses, als der Reichskanzler äußerte: „Und nun frage ich Sie, ob nach der Unterredung mit Delcassé der Präsident Krüger nicht ebenso klug war wie vorher?" Graf v. Bülow schien das Unangemessene der von ihm beliebten rhetorischen Behandlungsweise des Gegenstands wenigstens an dieser Stelle selbst zu empfinden, da er unmittelbar darauf einige ernste Worte der persönlichen Anerkennung für das schwergeprüfte Oberhaupt der tapferen Burenrepublik in seine Rede einflocht. Alles in Allem bestätigen die Ausführungen des Grafen v. Bülow zur Krügerfrage nur die Richtigkeit der alten Erfahrung, daß keine noch so gewandte Redekunst im Stande ist, eine festgegründete sittliche Ueberzeugung durch formalistische Gründe wankend zu machen. Unser deutsches Volk hat freilich nicht den Beruf, das „Weltunrecht" wieder gut zu machen, wohl aber darf es Achtung für seine heiligsten Empfindungen von Seiten der leitenden Stellen erwarten. Daß in Berlin die Rücksicht auf England gar so weit getrieben wird und sogar das Recht des deutschen Volkes auf ein ungehindertes Bekenntniß seiner nationalen Sympathien zu verkümmern droht, das ist ein wenig angenehm berührender Zug unserer augenblicklichen auswärtigen Politik, der auch die Rede des Reichskanzlers am Montag beherrschte.

Neueste Drahtmeldungen vom 11. Dezember.

(Sämmtliche nicht als Privat-Meldungen gekennzeichneten Depeschen stammen von Wolff's Tel. Bureau; die mit * versehenen sind während des Drucks eingegangen.

Der Krieg in China.

Berlin. (Priv.-Tel.) Nach einer im Auswärtigen Amt eingetroffenen Meldung ist der Konflikt zwischen dem Grafen Waldersee und dem amerikanischen General Chaffee wegen Fortnahme der von den Jesuiten vor 200 Jahren in Peking aufgestellten astronomischen Instrumente beigelegt. — Der Coburg-Gothaische Kammerherr und preußische Rittmeister a. D. Freiherr v. Werthern zu Eslach erhielt das Komthurkreuz 2. Klasse des sächsischen Albrechtsordens.

London. (Priv.-Tel.) Nach einer Meldung aus Peking hat sich das von Waldersee eingesetzte Komitee unter Mitwirkung von chinesischen Beamten mit der Wahrung der öffentlichen Ordnung, der Erhebung von Steuern und Zöllen, mit sanitären Vorkehrungen, der Verhaftung von Angeschuldigten, der Bestrafung Schuldiger und der freien Vertheilung von Reis in Peking zu befassen. Jedes Kontingent ernennt ein Mitglied. Waldersee's Plan soll Reibungen verhindern und die Uebertragung der Verwaltung an China bei der Rückkehr des Hofes vorbereiten. Einer anderen Meldung zufolge weigerten sich die Franzosen, das Komitee zu beschicken, und bestritten Waldersee's Recht zu dessen Berufung.

* **Rom.** Die Kammer verwarf mit 196 gegen 37 Stimmen einen Antrag der äußersten Linken, der verlangt, daß die italienischen Truppen aus China zurückberufen werden, nachdem der Ministerpräsident den Antrag bekämpft hatte. Zumal im jetzigen Zeitpunkte, wo über den Frieden unterhandelt werde, stehe Italien das Recht zu, Vortheile aus der Theilnahme an der Chinaaktion zu erlangen.

* **Haag.** (Reuter-Meldung.) In einer Unterredung, welche Krüger und Dr. Leyds heute mit dem Ministerpräsidenten und dem Minister des Aeußeren hatten, betonte Krüger nochmals, daß der Zweck seiner Reise sei, einen Schiedsspruch zu erlangen. Der niederländische Minister hob in seiner Erwiderung hervor, daß die niederländische Regierung hierbei eine passive Rolle spielen müsse und daß die Initiative den Großmächten zukomme. Wenn diese ihren Entschluß gefaßt haben würden, könne die niederländische Regierung sehen, was sie thun würde. — Eine heute Abend zu Ehren Krüger's in Aussicht genommene Serenade der hiesigen Schüler wurde verboten, weil die Polizei Ruhestörungen befürchtete.

* **Kapstadt.** Feldmarschall Lord Roberts ist heute nach England abgereist.

Berlin. (Priv.-Tel.) Reichstag. Die erste Berathung des Etats pro 1901 wird fortgesetzt. — Abg. Bebel (Soz.): In der rückläufigen Bewegung unserer Finanzen habe das chinesische Abenteuer den ersten Anstoß gegeben. Dagegen müssen wir Verwahrung einlegen, daß die traurige Finanzlage durch das Anwachsen der Ausgaben für die Invaliditäts- und Altersversicherung mit verschuldet sei. Die Parteien, die gestern nacheinander zur Sparsamkeit mahnten, hätten bisher eine wahre Bewilligungswuth bethätigt. Graf Limburg wolle namentlich an Postbauten sparen; aber gerade das seien Kulturausgaben, die seine Freunde viel lieber bewilligten, als Kasernen, Schiffe und Zuchthäuser. Müller-Fulda sei jetzt schon so weit, daß er im äußersten Nothfall die Bundesstaaten heranziehen wolle. Gerade Müller habe Alles mit bewilligt, er sei also der erste Attentäter und verdiene, zuerst gehängt zu werden. (Heiterkeit.) Die Ausgaben für militärische und Marinezwecke verschlingen in dem neuen Etat 1092 Mill. Mk. gegen nur 702 Mill. Mk. im Jahre 1890. Wenn ein Anderer in solcher Weise wirthschaftete, so würde man ihn einen ganz liederlichen Kerl nennen. Und wer trage an Alledem die Hauptschuld? Das Centrum. (Heiterkeit.) Er fange an, vor den Nationalliberalen Respekt zu bekommen, denn so hätten diese nicht gewirthschaftet, als sie noch ausschlaggebend waren. Unter der Aegide des Centrums sei auch das Budgetrecht stückweise verloren gegangen. Das Centrum sei zum Schleppenträger der Regierung geworden. Auch die Weltpolitik verdanken wir dem Centrum. Gleich die erste Phase dieser Weltpolitik, China, habe uns ein großes Debacle gebracht. Dem, was der Reichskanzler gestern bezüglich Transvaals gesagt, hätten seine Freunde ausnahmsweise einmal fast Wort für Wort zustimmen können, aber man sollte doch nicht das Telegramm vergessen, das seiner Zeit anläßlich des Jameson-Ausritts nach Transvaal gerichtet worden sei. Seine Freunde verurtheilten freilich die Raubpolitik Englands und seine Kriegsführung durchaus und sie verurtheilten auch, daß Krüger nicht einmal empfangen worden sei, denn das müsse auf die Buren den Eindruck der Treulosigkeit machen und unsere auswärtige Politik der Sympathie anderer Völker entfremden. Schrieb doch die Amsterdamer Zeitung „Die Deutschen fürchten Gott und ihre Großmutter". Mit diesem Zickzack in der auswärtigen Politik wetteifere ein Zickzackkurs in unserer Kolonialpolitik, ein ewiger Wechsel der Beamten. Daß bei einer solchen Gesammtpolitik immer neue Steuern nöthig werden, sei begreiflich, ebenso, daß alle Die, welche dabei einen Flschzug zu machen glaubten, namentlich für eine Zollerhöhung seien. Unsere Handelsvertragsstaaten, Rußland und andere, würden sich solche Zollerhöhungen auf Getreide ꝛc. aber nicht gefallen lassen, ohne sich dafür zu revanchiren. Redner fragt dann bezüglich der 12 000 Mk.-Affaire den Staatssekretär, an welchem Tage derselbe von der Einnahme der 12 000 Mk. Kenntniß erlangt habe und wie dieses Geld verwendet worden sei. Weiter frage er den Staatssekretär Grafen Posadowsky, was er nach Einblick in den bekannten Brief des Herrn Laeisz, Vorsitzenden der Seeberufsgenossenschaft, gethan habe, ob die Unterzeichner dieses Briefes mit Schimpf und Schande davongejagt worden seien, ferner, wie es komme, daß Eisfleth, der den Ausspruch gethan habe: „Schiff verloren, Mannschaft leider gerettet", im Vorstande jener Berufsgenossenschaft habe sitzen können. Redner protestirt unter Empfehlung des Milizsystems gegen die vom Grafen Limburg gewünschte Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit und fragt den Kriegsminister, ob es denn mit unserer Neutralität vereinbar sei, daß die Firma Ehrhardt in Düsseldorf und Eisenach gegenwärtig Geschütze an England liefere. Freilich habe ja auch Kurpp an China geliefert und sei dafür zum Geheimrath in einem Augenblick gemacht worden, da unsere Leute von Krupp'schen Kanonen erschossen wurden. Weiter frage er, was an den Mittheilungen über ein neues von einem Norweger erfundenes Geschützsystem Wahres sei. Unzulässig sei, daß das Marineamt oder der Kaiser Gelder vom Flottenverein für den Bau von Kanonenbooten annähmen. Das sei eine Umgehung des Budgetrechts, ein sic volo, sic jubeo. Einer derartigen Wirthschaft müsse der Reichstag ein Ende machen. Die sozialen und kulturellen Aufgaben würden im Reiche überall hintangesetzt, die bürgerliche Gesellschaft sei mit ihrem Latein zu Ende. Meine Herren, Sie arbeiten nur für uns, unser Weizen blüht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) — Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich bin Herrn Bebel geradezu dankbar dafür, daß er die sogenannte 12 000 Mk.-Affaire nochmals zur Sprache gebracht hat. Gleichviel, ob ich davon gewußt oder nicht, ich trage die Verantwortung dafür. Das sogenannte Zuchthausgesetz war ein Gesetz zu Gunsten der Arbeiter. (Lachen und Unterbrechungen links.) Ja, meine Herren, hören Sie doch, nachdem auch ich Sie habe reden lassen. Wir sind doch hier nicht im Konvent, sondern im deutschen Reichstag. Die 12 000 Mk. sind zur Verbreitung stenographischen amtlichen Materials verwendet worden. Auf das Zustandekommen des Gesetzes konnte überhaupt nicht hingewirkt werden, denn wer die erste Lesung verfolgt hatte, wußte, daß das Gesetz nicht zu Stande kommen würde. Es handelte sich nur darum, die Massen über den eigentlichen Zweck des Gesetzes aufzuklären und die Aufregung der Massen zu schlichten. (Lachen und Zurufe links. Präsident Graf Ballestrem mahnt wiederholt, die Unterbrechungen zu unterlassen, und droht schließlich, von seinen Befugnissen als Präsident Gebrauch zu machen.) Es mag unzweckmäßig und politisch inopportun gewesen sein, das Geld auf solche Weise zu beschaffen; aber darüber hat sich ja der Herr Reichskanzler gelegentlich der Interpellation ausgesprochen. Der Druckkostenfonds des Reichsamts des Innern hätte ja benützt werden können, es mag dies durch eine gewisse bureaukratische Aengstlichkeit verhindert worden sein. (Gelächter links.) An den Centralverband hat man sich deshalb gewandt, weil er ein großes Interesse daran hatte (Lachen links), daß die Massen durch amtliches Material aufgeklärt wurden. Der betreffende Beamte hat übrigens die höchsten sozialpolitischen Verdienste. (Lachen links.) Der Staatssekretär geht sodann auf den Brief des verstorbenen Rhederei Laeisz ein. Diesem unvorsichtigen Briefe gegenüber sei er selbst in einer schwierigen Lage, da Laeisz sich nicht mehr erklären könne. Die Mitunterzeichner des Briefes hätten zwar ihre Unterschrift gegeben, woraus aber noch nicht mit Nothwendigkeit folge, daß sie sich die bedauerlichen Nebenbemerkungen angeeignet hätten. Jedenfalls sei der Brief von ihm an das zuständige Reichsversicherungsamt abgegeben, und es sei nun abzuwarten, was dieses thun werde. Zum Schluß konstatirt der Staatssekretär, daß wir von Amerika nicht mehr differenzirt würden, und bittet, auf wirthschaftlich-politischem Gebiet nicht, wie dies Bebel gethan, Angriffe gegen die eigene Regierung zu richten, denn damit fälle man nur dem Feinde die Kriegskasse. (Beifall rechts.) Abg. v. Kardorff (Reichsp.) wirft dem Abg. Bebel eine Art Größenwahn vor. (Heiterkeit.) Der Nichtempfang Krüger's liege im Interesse der Buren und Krügers selbst, denn jetzt könnten wir eher zu ihren Gunsten einen freundschaftlichen Rath geben, als wenn wir durch Krüger's Empfang England gereizt hätten. Ganz irrig sei es, wenn Bebel unsern wirthschaftlichen Rückgang auf das China-Abenteuer zurückführe; an unserem Rückgange trage vielmehr das gigantische Emporwachsen Amerikas in wirthschaftlicher Beziehung die Hauptschuld. Für Militär gebe Deutschland pro Kopf noch immer viel weniger aus als Frankreich und Rußland. — Abg. Richter (freis. Volksp.) erklärt es als gesetzwidrig, daß das Reichsamt des Innern andere Leute um Geld anging, welche der Reichstag nicht bewilligt hätte. Auch aus dem Druckkostenfonds hätte das Reichsamt Gelder zu einem solchen rein agitatorischen Zwecke nicht nehmen dürfen. Redner rechtfertigt den Nichtempfang Krüger's, wodurch Krüger nur eine schwere Enttäuschung erspart worden sei. Die Liebeserklärung der Konservativen für den neuen Reichskanzler werde vielleicht nicht lange vorhalten. Das gehe jedem neuen Reichskanzler so. (Heiterkeit.) Auch das Centrum schmolle mit ihm noch nicht wegen Ablehnung des Toleranz-Antrags; es sei

„1880", Kesselstein-Verhüter, ges. geschützt.
Keine Ablagerungen. Unübertroffen. Absolut sicher. Kein Ausbrennen. Keine Reparaturen.
Friedrich & Glöckner, Dresden-Löbtau.